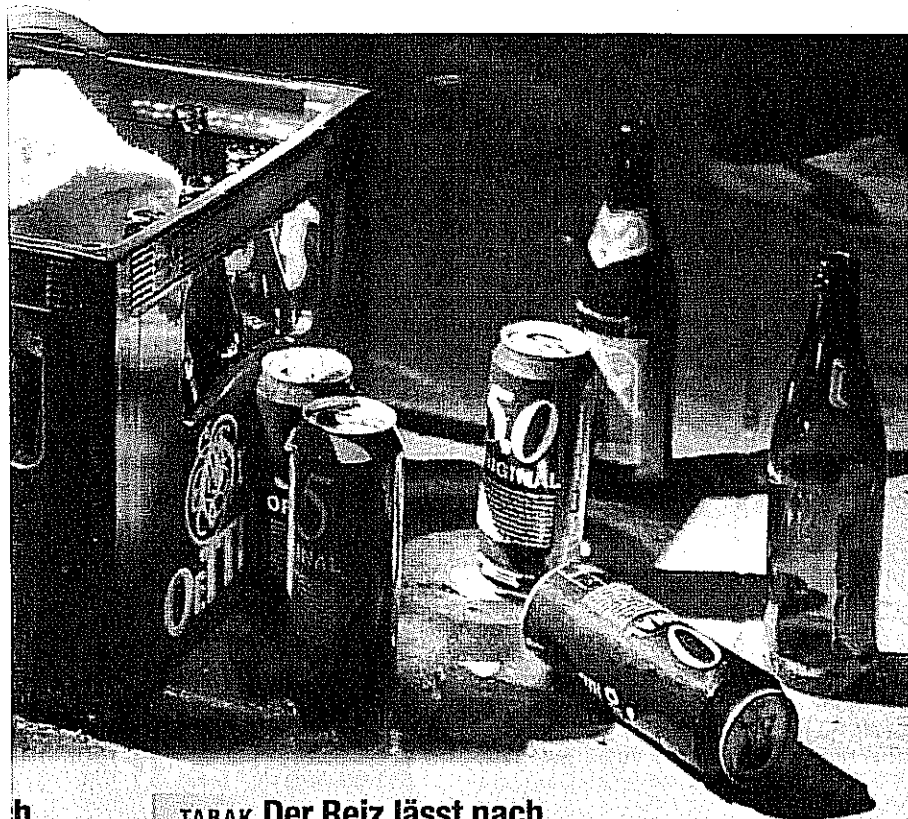


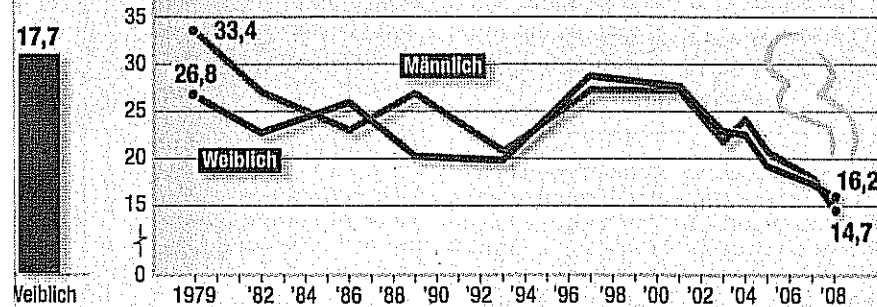
Der Arzt kommt

n sie mit Alkoholvergiftung ins Krankenhaus



TABAK Der Reiz lässt nach

Die Zahl der jugendlichen Raucher sinkt seit Jahren stark; Angaben in Prozent



eien. „Das reicht qualitativ für eine nationale Initiative der Bundesregierung nicht aus“, sagte ein Sprecher. Die Kritik der Drogenbeauftragten bezeichnete die Drogenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, als „an den Haaren herbeigezogen“.

Uneins ist die große Koalition auch über die Heroin-Programme. Die SPD will weiterhin einen Antrag durchsetzen, der den Einsatz des Wirkstoffes Diamorphin als Heroinersatz bei Schwerstabhängigen fordert. Diesen Antrag unterstützen auch Abgeordnete der Grünen, der Linken sowie der FDP. „Die Programme dienen dazu, Abhängige sozial wieder zu integrieren“, sagte Bätzing. „Es

ist ethisch und christlich verwerflich, ihnen dies zu verwehren.“ Die Union ist gegen eine flächendeckende Einführung von Diamorphin und will verhindern, dass Modellprojekte ausgedehnt werden. Die Zahl der Drogentoten ist indes im vergangenen Jahr um fast vier Prozent auf 1449 gestiegen. Vor allem ältere Konsumenten seien an Langzeitfolgen und Überdosierungen gestorben.

Der Drogenbericht 2009 enthält erstmals auch Daten über die PC- und Onlinesucht. Drei bis sieben Prozent der Internetnutzer gelten verschiedenen Studien zufolge als süchtig und verbringen zehn bis 18 Stunden täglich in Chaträumen oder mit Online-Spielen.

Behindert, aber beteiligt

Baden-Württemberg hebt Sonderschul-Pflicht auf

Stuttgart – Baden-Württemberg will allen behinderten Kindern ermöglichen, eine allgemeinbildende Schule zu besuchen. Die Sonderschulpflicht soll aufgehoben werden und in der allgemeinen Schulpflicht aufgehen, sagte Kultusminister Helmut Rau (CDU) am Montag. Ziel sei es, die Zahl behinderter Schüler an allgemeinen Schulen zu steigern. Mögliche Schultypen sollen Eltern behinderter Kinder künftig in einem Gespräch vorgeschlagen werden; die Eltern könnten dann über den „Lernort“ entscheiden. Nach Ansicht von Bildungsexperten werden Behinderte durch den gemeinsamen Unterricht besser in die Gesellschaft integriert. Nicht-behinderte Schüler würden an allgemeinen Schulen mehr lernen und höhere soziale Kompetenzen entwickeln.

Baden-Württemberg erfüllt damit einen Teil der Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention, die Ende März in Kraft trat und zum Ziel hat, dass möglichst viele Kinder mit Behinderungen im normalen Schulsystem lernen. Im EU-Durchschnitt lernen derzeit etwa 80 Prozent der behinderten Kinder an Regelschulen. In Deutschland beträgt der Durchschnitt nur 15 Prozent; die Mehrheit wird an Sonderschulen unterrichtet. Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer (SPD), bezeichnete die niedrige Integrationsquote in Deutschland als eine „Schande“.

In Baden-Württemberg werden bereits 29 Prozent der Schüler „mit sonderpädagogischem Förderbedarf“ an allgemeinen Schulen unterrichtet. Die Abschaffung der Sonderschulpflicht bedeute nicht das Ende der Sonderschule, sagte Kultusminister Rau. Es gehe um Einzelfallentscheidungen, ob ein behindertes Kind besser an einer Sonder- oder einer Regelschule gefördert werden könne.

Sozialverbände und Elterninitiativen fordern auch von den anderen Bundesländern die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Um einen gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder zur Regel zu machen, sollten die Länder die Mittel des Konjunkturpaketes II nutzen, sagte Adolf Bauer, der Präsident des Sozialverbands Deutschland. Auch der Rechtsanspruch der Eltern auf die Aufnahme ihres behinderten Kindes an einer Regelschule müsse gesetzlich festgeschrieben werden. Am heutigen Internationalen Aktionstag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen sind mehr als 300 Aktionen geplant, bei denen auch für gemeinsamen Unterricht demonstriert werden soll.

Bernd Dörries

Strafanzeige gegen unbeliebt